

Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren

**Zukunft der Rente
Hintergrundinformationen**

WP17 – 04/10

Zukunft der Rente - Hintergrundinformationen

A. Erläuterungen und Grundlagen

Einführung in die gesetzliche Rentenversicherung H 3

B. Übersichten

Lebenserwartung und Regelaltersgrenze H 5

Durchschnittlicher Rentenbezug bei konstanten Beiträgen
in % des Gehalts H 6

Durchschnittliche Rentenbeiträge bei konstanten Renten
in % des Einkommens H 6

Lastenverteilung in der gesetzlichen Rentenversicherung H 7

Beitragssatzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung H 7

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland H 8

C. Studien, Berichte und Grundlagenpapiere

Der Generationenvertrag – Rechnung ohne Zukunft? H 9

Der Generationenvertrag droht brüchig zu werden H 12

Kapitalgedeckte Rente- Oase oder Fata Morgana der Sozialpolitik? H 15

Kapitalgedeckte Rente ist die beste Absicherung H 18

D. Artikel

Das große Missverständnis Solidarität H 19

Experten prophezeien düstere Renten-Zukunft H 21

Wir killen unsere Zukunft H 23

Die gesetzliche Rente ist gnadenlos fair H 24

Braucht Deutschland eine Bürgerversicherung? H 25

ÖSP träumt von einer Bürgerversicherung für die Rente H 26

Einführung in die Gesetzliche Rentenversicherung

Die derzeit wichtigste Säule des deutschen Rentensystems ist die gesetzliche Rentenversicherung. Etwa 50 Millionen Menschen in Deutschland sind in ihr versichert.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist eine Pflichtversicherung, in die bis auf Ausnahmen jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer, der gegen Lohn beschäftigt ist, einzahlen muss.

Der Beitrag zur Rentenversicherung wird von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geteilt. Dieses Prinzip nennt man *Parität*. Auch in den anderen Bereichen der Sozialversicherung - Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung - wird das paritätische Prinzip angewandt.

Mit den eingezahlten Beiträgen erwirbt man sich ein Recht auf Rentenansprüche für den eigenen Renteneintritt. Man muss allerdings für eine bestimmte Zeit versichert gewesen sein, um einen Anspruch auf Altersrente zu haben. Diese Zeit nennt man "Wartezeit"; sie ist je nach Rentenart unterschiedlich.

Mit der gesetzlichen Rentenversicherung wird aber nicht nur die Altersrente finanziert, sondern auch die Erwerbsminderungsrente und die Hinterbliebenenrente.

Wann kann man in Rente gehen?

Das gesetzliche Renteneintrittsalter in Deutschland beträgt zurzeit noch 65 Jahre; ab 2012 wird das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben, zunächst zwölf Jahre lang um jeweils einen Monat pro Jahr, danach um zwei Monate pro Jahr. Ab dem Jahr 2029 gilt dann das Renteneintrittsalter von 67 Jahren. Wer mindestens 45 Jahre lang Pflichtbeiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat, kann aber weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen.

Unter bestimmten Umständen ist es möglich, früher in Rente zu gehen. Man muss dann allerdings Abschläge von der Rente in Kauf nehmen - das heißt, man bekommt weniger Geld. Die Abschläge auf die Rente gelten dann übrigens ein Leben lang. Pro Monat, den man früher in Rente geht, wird ein Abschlag von 0,3 Prozent fällig. Wenn man länger als bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeitet, bekommt man einen Zuschlag von 0,5 Prozent pro Monat, den man länger beschäftigt war.

Woraus ergibt sich die Höhe der späteren Altersrente?

Die Höhe der Rente, die man im Ruhestand erhält, richtet sich vor allem nach der Zahl der Beitragsjahre und der Höhe der eingezahlten Beiträge. Pauschal formuliert: Wer länger eingezahlt und mehr verdient, also auch mehr Beiträge eingezahlt hat, erhält später eine höhere Rente.

Bestimmte Lebensabschnitte werden ebenfalls als Beitragszeit bei der Errechnung der Rentenhöhe angerechnet, auch wenn in diesen Zeiten nicht gearbeitet wurde. Dazu gehören zum Beispiel Kindererziehungs- und Pflegezeiten und Zeiten, in denen durch Krankheit, Schwangerschaft, Arbeitslosigkeit oder Ausbildungssuche die Beitragszahlung unterbrochen wurde.

In die Rentenformel, mit der die Rente berechnet wird, fließen aber noch andere Faktoren als die Beitragszeiten ein.

Wie hoch ist der Beitrag zur Rentenversicherung?

Der Beitrag zur allgemeinen Rentenversicherung beträgt für das Jahr 2010 unverändert 19,9 Prozent des Bruttoverdienstes. Nach dem Paritätsprinzip übernimmt der Arbeitgeber davon die Hälfte.

Für bestimmte schutzbedürftige Personen, die ein sehr geringes Einkommen haben (zum Beispiel Menschen, die in anerkannten Behindertenwerkstätten tätig sind) gelten besondere Regelungen bei der Höhe der eingezahlten Beiträge. Für sie werden Beiträge - unabhängig vom tatsächlichen Verdienst - nach einer so genannten Mindestbemessungsgrundlage gezahlt. Diese Mindestbemessungsgrundlage beträgt 80 Prozent der Bezugsgröße.

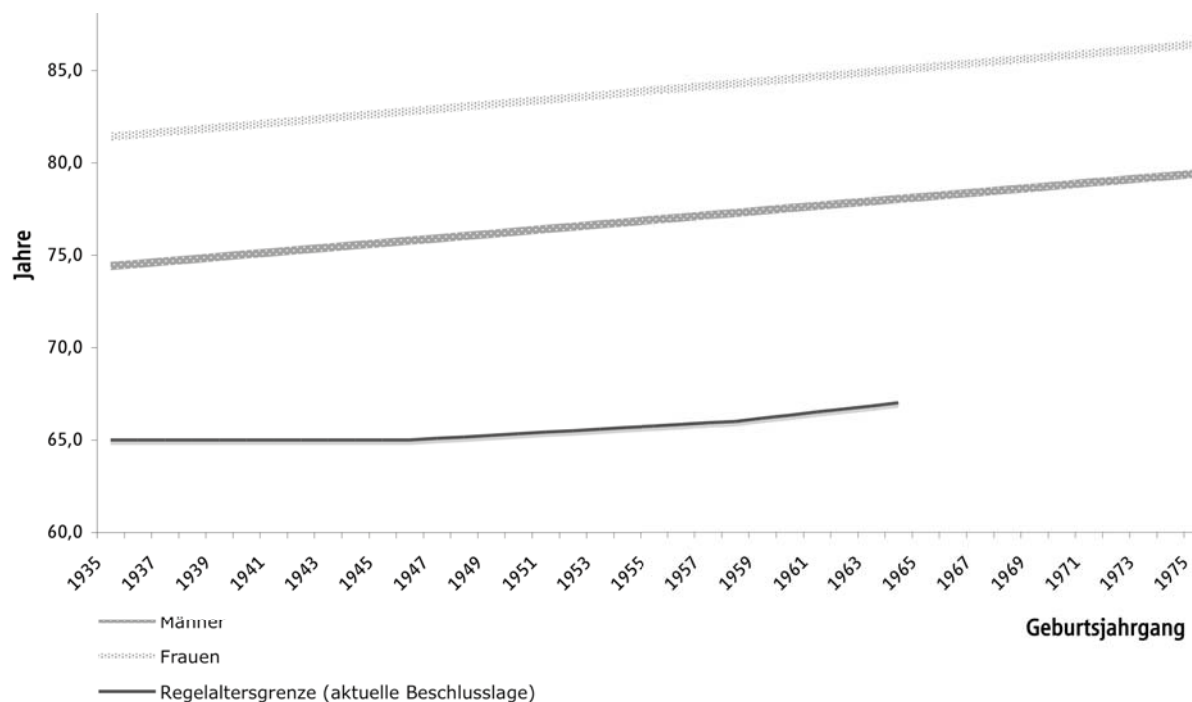
Die Bezugsgröße wird für das Jahr 2010 auf 2.555 Euro/Monat (West) festgesetzt (2009: 2.520 Euro/Monat). Die Bezugsgröße (Ost) beträgt im Jahr 2010 2.170 Euro/Monat (2009: 2.135 Euro/Monat).

Stichwort Beitragsbemessungsgrenze

Im Jahr 2010 gelten Beitragsbemessungsgrenzen von 5.500 Euro (West) und 4.650 Euro (Ost) monatlich, bis zu denen das Arbeitsentgelt beziehungsweise das Arbeitseinkommen versicherbar ist. (2009: 5.400 Euro/West, 4.550 Euro/Ost)

Das bedeutet: Wenn man mehr als 5.500 Euro beziehungsweise 4.650 Euro brutto im Monat verdient, muss man für den Betrag, der oberhalb der Grenze liegt, keinen Beitrag zur Rentenversicherung zahlen. Allerdings wird für diesen Betrag auch kein Rentenanspruch erworben.

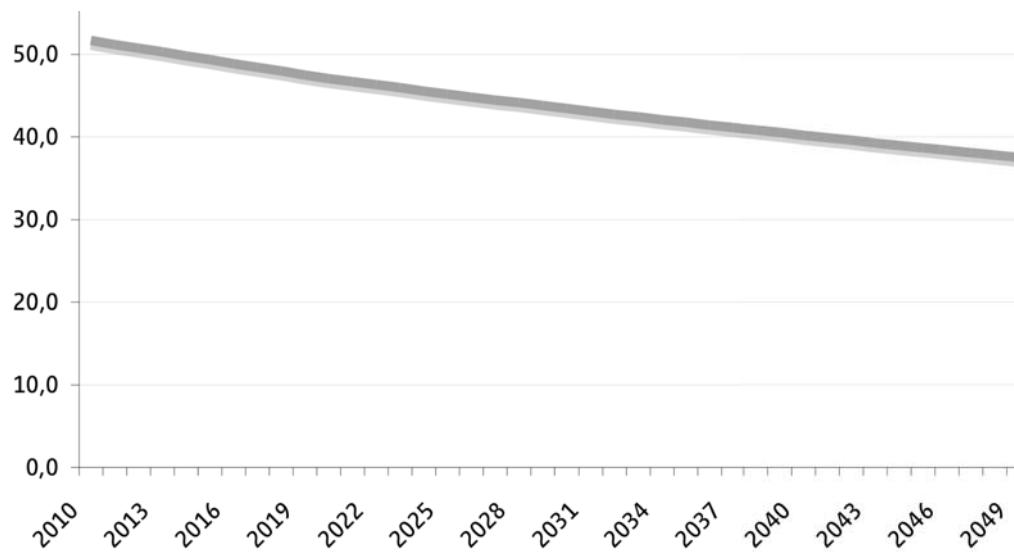
Lebenserwartung und Regelaltersgrenze



Quelle: Deutsches Institut für Rentenforschung, 2008

Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 erfolgt die Anhebung zunächst in Ein-Monats-, ab dem Jahrgang 1959 in Zwei-Monats-Schritten, so dass dann für Versicherte ab Jahrgang 1964 die Regelaltersgrenze von 67 Jahren gilt.

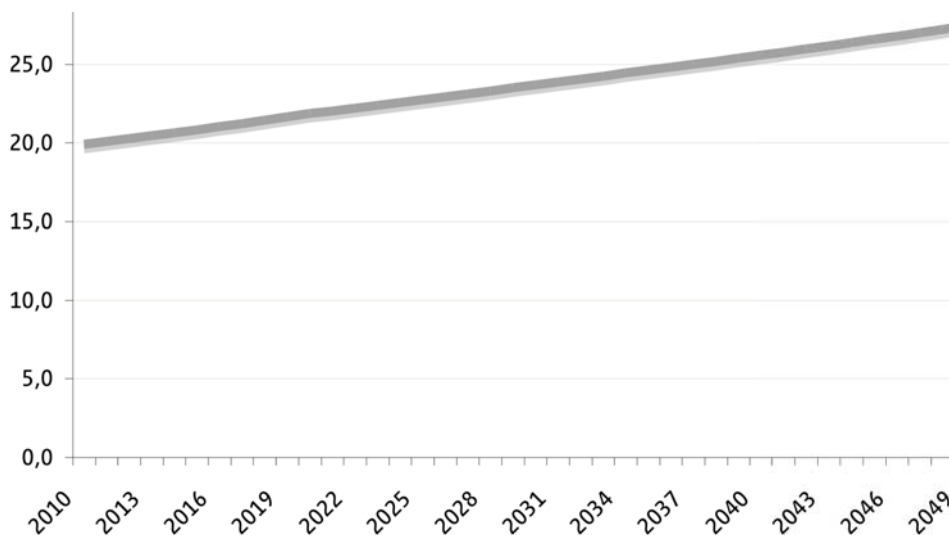
Durchschnittlicher Rentenbezug bei konstanten Beiträgen in % des Gehalts



Quelle: Deutsches Institut für Rentenforschung, 2009

Wenn die Rentenbeiträge für die aktive Generation konstant bleiben, erhalten Rentner 2050 nur noch gut 1/3 statt wie derzeit gut die Hälfte ihres Gehalts als Rente.



Durchschnittliche Rentenbeiträge bei konstanten Renten in % des Einkommens



Quelle: Deutsches Institut für Rentenforschung, 2009

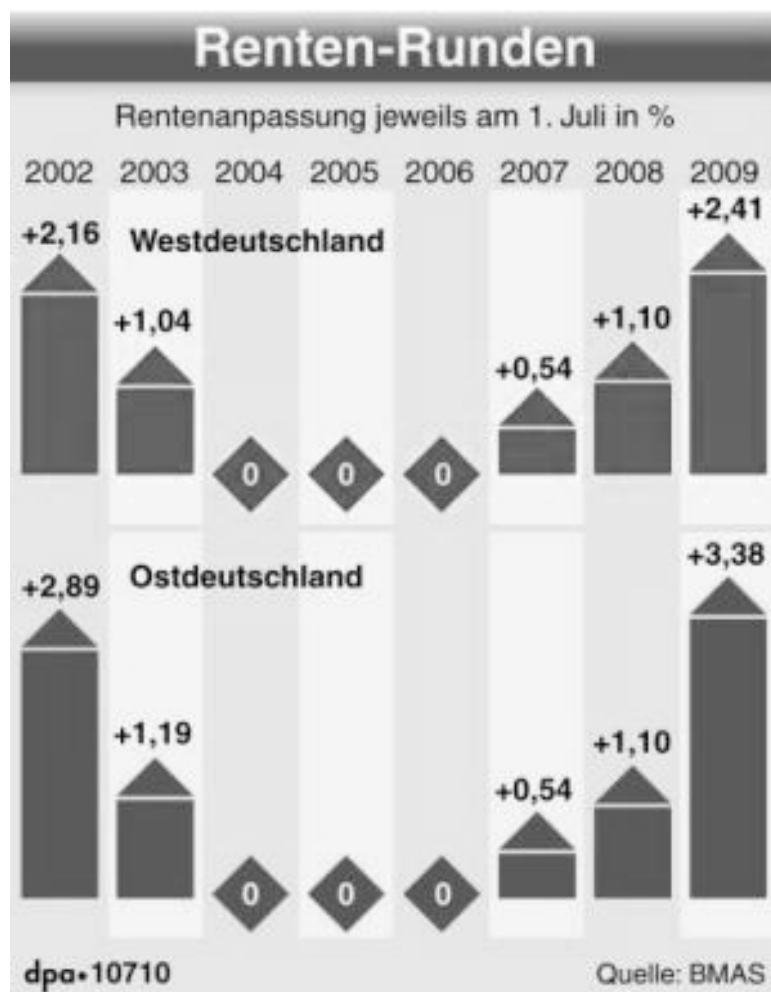
Um in Zukunft Renten aus auf dem aktuellen Niveau auszahlen zu können, müsste die erwerbstätige Generation bis 2050 etwa 28 % statt derzeit 19,9 % ihres Einkommens in die Rentenkassen einzahlen.

Lastenverteilung in der gesetzlichen Rentenversicherung

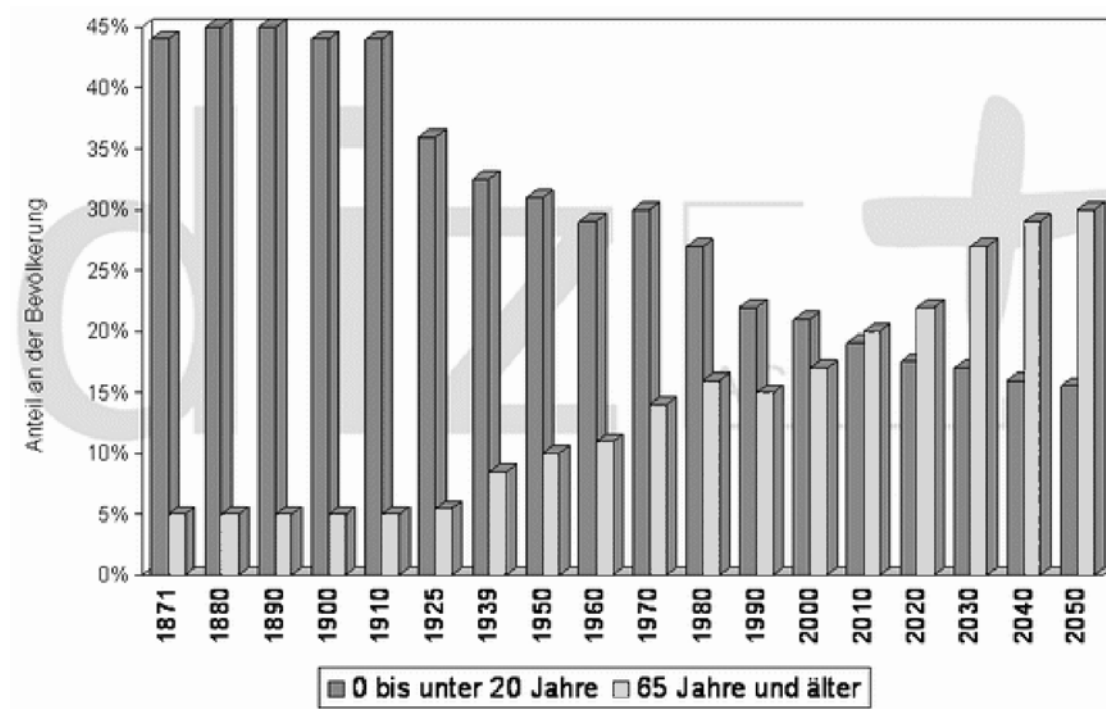
Relation von...	... Erwerbsfähigen (20 bis 64 Jahre)	... zu Rentnern (ab 65 Jahre)
Jahr 1955		 5:1
1991		 4:1
2006		 3:1
2030 Prognose		 2:1

Quelle: Neue Soziale Marktwirtschaft, 2009

Rentenerhöhungen der letzten Jahre

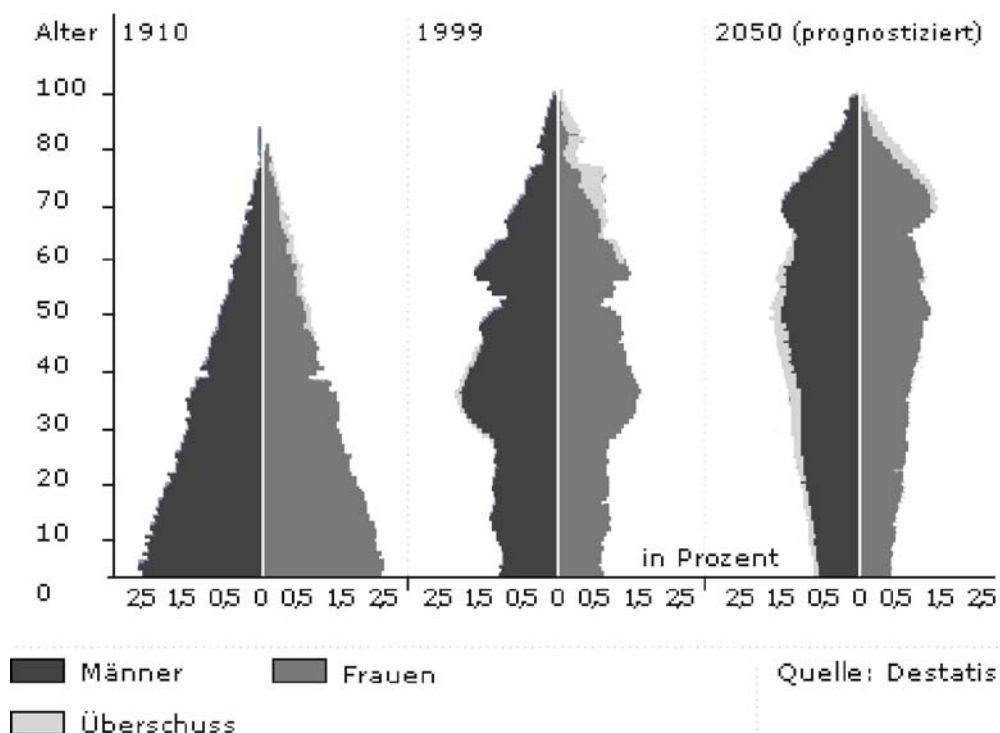


Entwicklung der Bevölkerung bis 2050



Quelle: diz, Deutsches Institut für Zeitwertkonten und Pensionslösungen AG

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Destatis, 2009.

Der Generationenvertrag – Rechnung ohne Zukunft?

Immer öfter hört man in der letzten Zeit Argumente, die den Generationenvertrag totsagen. Der Grundgedanke dieser Argumentationen lautet, der Generationenvertrag ist überholt, nicht mehr zeitgerecht, nicht mehr finanzierbar. Oh Ihr Kritiker, sagt mir doch bitte, was ist denn überhaupt der Generationenvertrag, den Ihr so verteufelt. Sagt mir doch bitte, wie soll eine menschliche Gesellschaft ohne den Generationenvertrag funktionieren. Ihr verwechselt den Generationenvertrag mit seinen Produkten, mit den staatlichen Mitteln, mit denen er realisiert werden soll. Doch schweifen wir erst einmal ab, verlassen wir den Bereich des hochentwickelten Individuum, begeben wir uns zu den "niederen Kreaturen". Sehen wir uns doch die so rührenden Bilder von treusorgenden Tiermüttern und -vätern an. Hier wirkt ebenfalls ein "Generationenvertrag". Begründet in der Notwendigkeit zur Erhaltung der Art wird der Nachwuchs betreut, "lebt auf Kosten der Eltern". Zurück zur menschlichen Gesellschaft. Auch hier wirkt dieses Prinzip. Nur wurde der Generationenvertrag wohl auch aus ethischer Sicht um ein Element erweitert, neben der Sorge für die Kinder kommt die Sorge für die Eltern hinzu. Nicht umsonst steht geschrieben:

"Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren"

Ihr Kritiker vergegenwärtigt Euch doch einmal, der Generationenvertrag ist doch nichts weiter als eine als Begriff gefaßte biologische Notwendigkeit mit ethischen Komponenten. So wie das Kind erwarten kann, von seinen Eltern versorgt zu werden, so hat auch der ältere Mensch einen Anspruch darauf. Und wer den Generationenvertrag tot sagt und dafür die Altersstruktur der Gesellschaft verantwortlich macht, verkennet vollkommen, daß erst durch den Generationenvertrag die höhere Lebenserwartung begründet ist. Der ältere

Mensch ist nun einmal nicht in der Lage für seinen Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Und er ist in Vorleistung für sein Alter getreten. Er hat für seine Kinder gesorgt, auch in der Erwartung, daß diese ihm im Alter einen Lebensabend in Würde ermöglichen werden. Laßt also Eure Finger vom Generationenvertrag.

Wendet Euch lieber den eigentlichen Problemen zu, der Frage wie diese Notwendigkeit gestaltet werden kann. Und dann sind wir beim Thema.

Generationenvertrag in Gefahr?

Wenn eines in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland verlässlich war, dann war es das gesetzliche Rentensystem. Der Slogan "Die Rente ist sicher" wurde im Laufe der Jahre zum geflügelten Wort. Doch wer den Satz heute ernsthaft zitieren wollte, würde wohl ausgelacht. Der Glaube an die Zukunftsfähigkeit des Systems ist erschüttert. Inzwischen schätzen laut einer Umfrage des Deutschen Instituts für Altersvorsorge 84 Prozent der Menschen, dass man sich auf die gesetzliche Rente allein nicht mehr verlassen kann. Und die Verunsicherung wächst. Denn kaum ein Tag vergeht ohne neue Rentendebatte. Doch der Reformbedarf ist heftig umstritten. Keine Frage: Das Rentensystem steht unter Druck.

Wo stecken die Kernprobleme?

Generationenvertrag

Das System der gesetzlichen Rentenversicherung basiert auf dem so genannten "Generationenvertrag". Kurz gesagt: Die Jungen finanzieren die Alten. Das funktioniert nach einem einfachen Prinzip - dem Umlageverfahren. Das heißt: Die erwerbstätigen Arbeiter und Angestellten zahlen in die Rentenkasse Beiträge ein. Das Geld wird keineswegs angespart, sondern sofort wieder an die Rentner ausgeschüttet. Die Beitragszahler erwerben aber für ihr Al-

ter Rentenansprüche, die dann von der nächsten Generation der Erwerbstätigen eingelöst werden müssen.

Genau hier steckt ein Kernproblem:

Dieses System funktioniert nur so lange reibungslos, wie genügend Junge nachwachsen. Konrad Adenauer setzte noch auf die Stabilität des Generationenvertrages, weil er glaubte: "Kinder kriegen die Leute sowieso." Zu Adenauers Zeit stimmte das, heute aber nicht mehr. Deshalb hat Deutschland ein demographisches Problem, das sich in den nächsten Jahrzehnten gravierend verschärfen wird: Immer weniger Junge werden künftig die Renten von immer mehr Älteren finanzieren müssen. 1995 kamen auf 100 Beitragszahler gut 40 Rentner, im Jahr 2030 werden es etwa 70 sein.

Rentenbezugszeit

Die Lebenserwartung in Deutschland nimmt erfreulicherweise zu. Deshalb beziehen ältere Menschen nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben länger Rente. 1960 betrug die durchschnittliche Rentenbezugszeit etwa zehn Jahre. Bereits 1996 waren es im Schnitt 15,9 Jahre. Da die Lebenserwartung weiter steigt, wird sich aller Voraussicht nach auch die Rentenbezugsdauer in den nächsten Jahrzehnten noch um einige Jahre erhöhen.

Renteneintrittsalter

Junge Menschen stecken heute meist länger als früher in Schule und Ausbildung. Sie treten später ins Erwerbsleben ein. Sie gehen heute aber auch früher als ihre Eltern und Großeltern in Rente. Das heißt: Die Berufsphase, in der sie Rentenbeiträge zahlen, wird kürzer. Derzeit gehen die Deutschen im Durchschnitt nicht mit 65 in Rente, sondern mit 60,2 Jahren. Der frühe Renteneintritt belastet die Rentenkasse jährlich mit hohen Milliardenbeträgen.

Rentenversicherungsbeitrag

Das Rentensystem finanziert sich vor allem aus Beiträgen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte zahlen.

Der derzeit gültige Beitragssatz von 19,1 Prozent ist fällig auf das monatliche Bruttoeinkommen bis zur so genannten Beitragsbemessungsgrenze von 4500 Euro (West) und 3730 Euro (Ost). Im kommenden Jahr soll der Beitrag auf 19,5 Prozent steigen und die Bemessungsgrenze angehoben werden auf 5100 Euro (West) und 4275 Euro (Ost). Gleichzeitig pumpt aber der Staat jährlich derzeit etwa 50 Milliarden Euro zusätzlich in das Rentensystem hinein.

Wir müssen heute die Weichen stellen, um die demografischen Herausforderungen von morgen und übermorgen bewältigen zu können. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf das vollendete 67. Lebensjahr ist keine „**Herzensangelegenheit**“ der APD. Sie geht auf eine Forderung von CVP zurück, die sich dafür einsetzte, dass diese Regelung in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

Die Erhöhung ist aber vertretbar, da die Menschen nicht nur länger leben, sondern eben auch länger gesund, aktiv und leistungsfähig sind. Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren die Zeitspanne, in der die Menschen erwerbstätig waren, deutlich verkürzt hat: Im Durchschnitt fand der Eintritt in das Berufsleben mit 21 Jahren statt – und mit durchschnittlich 60,8 Jahren fand der Eintritt in den Ruhestand statt.

Die gesetzliche Anhebung der Regelaltersgrenze darf dabei nicht isoliert betrachtet werden: Von entscheidender Bedeutung ist es nun, dass durch verbesserte Bedingungen am Arbeitsplatz, einen Mentalitätswechsel in den Führungsetagen und einen generellen Anstieg der Beschäftigung die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich bis zum Renteneintritt im Betrieb verbleiben können.

Wenn dies gelingt und außerdem die Frauenerwerbsquote deutlich gesteigert werden kann, sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungen zu bewältigen – von einem „Strukturproblem des Ren-

tensystems“ kann daher nicht gesprochen werden.

Der Generationenvertrag ist und bleibt das tragende Prinzip für die gesetzliche Altersvorsorge, die in Zukunft jedoch durch betriebliche und private Vorsorge ergänzt werden muss.

Mit ihrer Kampagne gegen die Rente mit 67 hat die IG Metall im vergangenen Jahr einen Treffer gelandet. In den Betrieben griff sie die Ängste der Menschen auf, die sich überrollt fühlen von Veränderungen, die tief in ihre Lebensplanung eingreifen. In der Politik setzte sie die APD derart unter Druck, bis diese einknickte und das Aufweichen der eigenen Reform zum Regierungshandeln der großen Koalition wurde. Es ist logisch und klug aus Sicht der größten deutschen Gewerkschaft, es nicht bei diesem Nein zu belassen. Mit ihrem Modell für einen neuen Generationenvertrag legt die IG Metall ein Konzept vor, das die rentenpolitische Debatte bis zur Bundestagswahl 2009 und darüber hinaus bereichern kann.

Wohltuend hebt sich das Modell ab von unverantwortlichen Versuchen, Jung gegen Alt gegeneinander aufzuhetzen. Statt wie der frühere Bundespräsident Roman Herzog die Gegensätze zu betonen und von einer "Rentnerdemokratie" zu schwadronieren, hebt die IG Metall das Verbindende zwischen den Ge-

nerationen hervor. Sie geht neue Wege, indem sie nicht wie früher das bestehende System verteidigt, das sich schon deswegen nicht verteidigen lässt, weil es längst ausgehöhlt ist.

Sinnvolle Überlegungen

Das Fünf-Punkte-Programm zielt im Kern darauf ab, neue Finanzierungsquellen für die Alterssicherung zu erschließen beziehungsweise alte neu anzuzapfen. Alle Erwerbstätigen, nicht nur die Arbeitnehmer, sollen in die Rentenkasse einzahlen. Der Staat soll seinen aus Steuergeldern finanzierten Anteil aufstocken. Zudem verlangt die IG Metall - was niemand überraschen kann -, die Arbeitgeber wieder stärker in die Pflicht zu nehmen für ihre Angestellten auch über die aktive Berufsphase hinaus. All das sind sinnvolle Überlegungen, die zu einer gerechten, sozial wie wirtschaftlich verträglichen Rente beitragen können. Unverständlich bleibt der anhaltende Widerstand gegen die Verlängerung der Arbeitszeit über den 65. Geburtstag hinaus. Dass die längere Lebenserwartung im Rentensystem keinen Niederschlag finden darf, lässt sich sachlich nicht begründen. Die Menschen dürfen sich freuen über die zusätzliche Zeit, die ihnen bleibt. Die Gesellschaft aber muss eine neue Balance finden zwischen den Lebensphasen.

Der Generationenvertrag droht brüchig zu werden

Das Verhältnis zwischen Jung und Alt verschlechtert sich

Von Hildegard Müller

In der vor wenigen Wochen vorgestellten ersten bundesweiten Studie zum Verhältnis der Generationen in der Bürgergesellschaft wird empirisch belegt, was sich in vielen gesellschaftlichen Diskussionen seit langem abzeichnet. Um das soziale Verhältnis zwischen Jung und Alt ist es nicht zum Besten bestellt, Anzeichen zu einem "Krieg der Generationen" gibt es zwar nicht, aber eine zunehmende Sprach- und Verständnislosigkeit zwischen Jung und Alt. Der bestehende "Generationenvertrag", der auf einem Konsens aller Generationen beruhte, droht an verschiedenen Stellen brüchig zu werden.

Ursachen

Wo liegen die Ursachen für diesen sich abzeichnenden Prozeß? Zentraler Punkt ist hier zweifellos, wie die Sigma-Studie deutlich belegt, die abnehmende Interaktion zwischen Jung und Alt. Unsere Gesellschaft hat längst Abschied genommen von der noch vor zwanzig Jahren durchaus üblichen Großfamilie, in der Großeltern, Eltern und Kinder unter einem Dach lebten und Probleme, Sorgen und Ängste miteinander teilten. Die daraus resultierende Beziehung zwischen den Generationen lag auf der Hand. Auch die Gelegenheiten im Berufsalltag, in Schulen oder Hochschulen und in der Freizeit miteinander in Kontakt zu treten, werden seltener und auch seltener gesucht. Sinkendes Renteneintrittsalter und verlängerte Studienzeiten sind sicherlich nur einige Ursachen, daß die Berührungspunkte zwischen den Altersgruppen abnehmen.

Neben der Komponente des abnehmenden Dialogs zwischen den Generationen müssen andere, zentrale Punkte mit in die Betrachtung einbezogen werden. In Deutschland gibt es erstmals seit der Nachkriegszeit und von darauf folgenden Jahren des Wirtschaftswunders

wieder ernste Probleme. Sowohl wirtschaftlich, als auch gesamtgesellschaftlich und politisch befinden wir uns in einer schwierigen Situation. Wachstumschwäche, hohe Arbeitslosenraten, Überregulierung und Innovationsdefizite kennzeichnen die momentane Lage und führen zu zunehmenden, nicht unberechtigten Ängsten der jungen Generation.

Junge Menschen können nicht mehr von vornherein auf positive Perspektiven setzen, Besitzstandswahrung verhindert notwendige Reformen. Auch der zunehmende internationale Wettbewerb als Ursache der Globalisierung einhergehend mit einer Zunahme des internationalen Handels, der Kapitalströme und der Wanderungsbewegungen wird eher als Risiko denn als Chance zur Gestaltung und Entwicklung betrachtet.

Richten wir unser Augenmerk auf einige Komponenten des Generationenvertrages, so wird deutlich, warum junge Menschen den ungeschriebenen Konsens zu hinterfragen beginnen und an der Sinnhaftigkeit zweifeln. Im Bereich der Umweltpolitik müssen wir feststellen, daß frühere Generationen auf Kosten der jetzigen und wir auf Kosten von kommenden Generationen leben. Das Prinzip der Nachhaltigkeit scheint unbemerkt an der Umweltpolitik vorbeigegangen zu sein, Wirtschaftswachstum und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen müssen kein Widerspruch sein. Nach wie vor herrscht jedoch Sprachlosigkeit zwischen diesen beiden Bereichen.

Trotz veränderter demographischer Ausgangsbedingungen, geänderter weltwirtschaftlicher Zusammenhänge und sich verändernder Lebens- und Arbeitsbiographien stehen weitgehende Reformen zur Erhaltung unserer sozialen Sicherungssysteme, die zweifellos

die wichtigste Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft sind, aus. Auf die veränderten Rahmenbedingungen wurde seitens der Politik wenig oder gar nicht reagiert, Reformen ausschließlich auf Kosten der Jungen durchgeführt. Betrachtet man nun noch die Belastungen, die jedes neugeborene Kind aus der immensen Staatsverschuldung – für die Bund, Länder und Gemeinden verantwortlich zeichnen – mit auf den Lebensweg bekommt, so kommt man als junger Mensch schnell zu dem Schluß, daß die Probleme von der älteren Generation ignoriert werden. Der gesellschaftliche Konsens ist in Gefahr.

Forderung nach einer Generationenbilanz

Innerhalb der gesamten Bevölkerung, bei jungen und älteren Menschen, spürt man, daß es so nicht weitergehen kann. Es muß sich vieles ändern in unserer Gesellschaft, wenn wir unser Land zukunftsfähig gestalten wollen. Wir müssen die notwendigen Reformen angehen und mit dem Umbau des Sozialstaates in grundlegender Form beginnen. Vor allen Dingen muß sich die Politik den neuen Realitäten stellen. Generational Accounting, ein in Amerika längst üblicher Bestandteil der Finanzpolitik, bietet die Möglichkeit, genau zu analysieren, welchen Belastungen die einzelnen Generationen ausgesetzt sind. Die in Deutschland bisher kaum bekannte Methode summiert alle Verpflichtungen und Ansprüche heute lebender Generationen und gibt somit einen Überblick, in dem notwendige Zahlungen und zu erwartende Transfers für jede Generation einander gegenübergestellt werden. Die Generationenbilanz sollte auch für uns in Deutschland zu einem wesentlichen Bestandteil der Finanzpolitik werden. Jede Ausgabe, die eine Erhöhung der Staatsverschuldung impliziert, muß hier überprüft, begründet und dargelegt werden. Den Älteren muß bewußt werden, was ihre heutigen Entscheidungen für die Jungen in der Zukunft bedeuten.

Eigenverantwortung und Mitmenschlichkeit stärken

Die oben bereits exemplarisch erwähnten, dringend erforderlichen Reformen werden oftmals aber fälschlicherweise fast ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert und gesehen. Soziale Probleme in unserer Gesellschaft werden demzufolge als wirtschaftliche und politische Fehlentwicklungen gedeutet. Man setzt sich mit Verhaltensweisen und Einstellungen der Menschen nicht mehr auseinander. Wichtigste Aufgabe in den Bestrebungen, das Verhältnis zwischen Jung und Alt, zwischen den Generationen, zu verbessern, ist die Entwicklung einer erneuerten Sozial- und Bürgerkultur. Bei der Verankerung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit unter der Bevölkerung standen neben einem gesunden Leistungsdenken und daraus resultierenden Ertragserwartungen auch die Verpflichtung des sozialen Ausgleichs im Mittelpunkt. Das Individuum sollte nach diesem Konzept nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gemeinschaft verantwortlich sein.

Die dagegen heute zu beobachtende Mentalität, den Staat zu einem Selbstbedienungsladen zu degradieren, der ausschließlich für Einzel- und Gruppeninteressen genutzt wird, bringt die Grundfesten des bestehenden Systems ins Wanken. Es muß bei jedem einzelnen wieder verinnerlicht werden, daß das Individuum ein Teil der Gemeinschaft ist. Es muß wieder deutlich werden, daß unsere Basis im wesentlichen auf zwei Werten beruht, nämlich der Mitmenschlichkeit und der Eigenverantwortung. Nur durch die Rückbesinnung auf diese Grundwerte als eigentliches Fundament unseres Systems kann es uns gelingen, das übertriebene Anspruchsdenken und die Vollversorgungsmentalität, die viele heute gegenüber dem Staat haben, abzuschaffen, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verlieren.

Am Beispiel der Rentenversicherung wird es deutlich: Schon heute versorgen 20 Aktive zehn Rentner. Binnen einer Generation wird der Anteil der über 60jährigen an der Bevölkerung doppelt so groß sein wie der Anteil der unter 20jährigen. Der Generationenvertrag droht an dieser Stelle zu einer einseitigen Belastung der jungen Generation zu werden. Wer heute Beitragszahler ist, wird im Alter erheblich schlechter gestellt als der Rentenempfänger heute, die vorliegenden Zahlen sind eindeutig. Nur durch eine grundlegende und tabufreie Reform des Systems, die auf eigenverantwortliche Vorsorge und Reduktion der Beiträge setzt, kann der Generationenvertrag an dieser Stelle gerettet werden. Anstrengungen von allen Generationen sind erforderlich. Um eine Altersarmut der heute Jungen zu verhindern, muß der Staat schützend durch unterschiedlichste Maßnahmen eingreifen. Zukunftsorientierte Politik in diesem Sinne ist soziale Politik, Verteilungspolitik zugunsten der heutigen Generation dagegen nicht.

Aufgabe der Politik: Die Rahmenbedingungen verbessern Um wieder ein gesundes Gleichgewicht zwischen marktwirtschaftlichen Komponenten, Eigenverantwortung und sozialer Verantwortung, Mitmenschlichkeit und Nachhaltigkeit herzustellen, bedarf es einer konsequenten politischen Führung. Die Politik muß Rahmenbedingungen schaffen, die einerseits eigenverantwortliches Handeln fördern und möglich machen und andererseits die Menschen auffordern, für die Schwächeren unserer Gesellschaft einzustehen. Neben der Schaffung der Rahmenbedingungen ist es wichtig, daß die Generationen in Deutschland wieder miteinander in den Dialog treten und wieder Verständnis füreinander entwickeln und aufbringen. In Gesprächen, insbesondere auch im Rahmen der vor kurzem ge-

führten Diskussion innerhalb der CVP über die Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme, ist deutlich geworden, daß der Dialog keineswegs konfrontativ, sondern überaus konstruktiv war und ist. Die Älteren verstehen die Ängste der Jungen. Wir Jungen müssen uns auf einen ergebnisoffenen Dialog einlassen, auf die Erfahrungen der älteren Generation setzen und Eigeninitiative beweisen.

Die Zukunft des Generationenvertrages und damit einhergehend auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen jungen und alten Menschen ist eine Frage der Politikansätze. Beharrung oder Erneuerung stehen einander gegenüber. Ein "weiter so" in allen Komponenten des Generationenvertrages ist unverantwortlich und führt nur kurzfristig zu Lösungen. Die Perspektiven der jungen Generation sind damit gefährdet. Nur ganzheitliche, auf Nachhaltigkeit setzende Lösungsansätze können den Generationenvertrag auch langfristig sichern, dies gilt für alle Politikbereiche. Es ist wichtig, einen Beitrag von jungen und alten Menschen einzufordern, um alle am Bestandhaltungsprozeß des Generationenvertrages zu beteiligen. Die ältere Generation ist in zweifacher Hinsicht gefragt. Zum einen müssen sie die Jungen an ihren Erfahrungen partizipieren lassen und zum andern die junge Generation auch an Entscheidungsprozessen beteiligen. Denn manche Entscheidung wäre sicherlich schon anders gefallen, hätten junge Menschen die Möglichkeit einer Beteiligung gehabt. Die junge Generation ist gefordert, Engagement zu zeigen und klare Impulse zu geben, dies beinhaltet auch die Partizipation in politischen Parteien. Die Sigma-Studie bestätigt die Notwendigkeit, eine von allen Altersgruppen geteilte neue Ethik des Zusammenhalts der Generationen zu entwickeln. Diese generelle Ethik wäre das Fundament eines tragfähigen modernen Generationenvertrages.

Kapitalgedeckte Rente - Oase oder Fata Morgana der Sozialpolitik?

Von Egon W. Kreutzer

Das umlagefinanzierte Rentensystem sei am Ende. Eine stetig sinkende Zahl von Beitragszahlern und eine stetig wachsende Zahl von Rentenbeziehern würden den Rahmen des bejahrten Systems sozialer Alterssicherung sprengen - so die gängige Argumentation von Wirtschaft, Politik und gemäßigten Gewerkschaften. Ein System privater Vorsorge hingegen, so wird suggeriert, könne von diesen Problemen überhaupt nicht tangiert werden, weshalb jetzt der Wechsel zur privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge so dringend angeraten sei, dass die Riester Rente, würde sie denn nicht freiwillig angenommen, ab 2005 als privatwirtschaftlich organisierte Pflichtversicherung gesetzlich vorgeschrieben werden müsste.

Das klingt alles gut und schön, aber hält es auch einer kritischen Betrachtung stand, wenn die Überlegung nicht ausschließlich **vom Geld her** aufgezogen wird? Eine realistische Betrachtung muss damit beginnen, dass man sich darauf besinnt, was Rentner eigentlich brauchen. Rentner leben nämlich nicht von dem Geld, das ihnen die Rentenkasse überweist. Sie leben von den Dingen, die sie davon kaufen können und das ist keine Haarspalterei sondern lediglich die Entzauberung des Geldes: Nichtgebackenes Brot kann mit noch so viel Geld nicht gekauft werden.

Wer heute Geld spart und verzinslich anlegt und davon in zwanzig Jahren als Rentner leben will, muss also in erster Linie darauf vertrauen, dass die nachfolgende Generation soviel Nahrung, Kleidung, Medizin, Wohnraum usw. erzeugt, dass für die gesamte Bevölkerung einschließlich Kindern und Rentnern genug da ist.

Wenn also im Jahr 2050 die Zahl der Rentner tatsächlich gleich hoch sein sollte, wie die Zahl der Berufstätigen,

dann werden die Berufstätigen in Summe so viel erzeugen müssen, dass es für alle Menschen im Lande reicht. Von den Kindern über nicht berufstätige Frauen, Kranke, Soldaten, Anlageberater und sonstige nicht produktiv Beschäftigte bis hin zum letzten Rentner.

Wer aber darauf vertraut, dass der produktive Teil der Bevölkerung die dafür erforderliche Leistung erbringen wird, der kann ebenso gut den Regelungen des Generationenvertrages und der umlagefinanzierten Rente vertrauen.

Sollten es die produktiv Berufstätigen des Jahres 2050 jedoch nicht schaffen, die Güter für die Versorgung der gesamten Bevölkerung zu erwirtschaften dann wird es Mangelerscheinungen, Hunger und Armut geben. Diese Mangelerscheinungen treten völlig unabhängig von der Höhe des von den Rentnern angesparten Kapitals auf. Das angesammelte Kapital, das nachfragewirksam auf ein unzureichendes Angebot trifft, wird allerdings zwei höchst unerfreuliche Folgen haben: Einerseits wird es zur Inflation führen, also alles Geld soweit entwerten, bis sich das Güter- und das Geldangebot annähernd ausgleicht, und andererseits wird der Überschuss angesammelten Kapitals den Rentnern einen feststehenden Anteil an der Gesamtleistung garantieren, der wiederum ohne staatliche Eingriffe nicht korrigiert werden kann. Im schlimmsten Falle könnte eine kapitalgedeckte Rente dazu führen, dass die aktive Generation nichts, die Rentnergeneration alles für sich beanspruchen kann. Der Mangel an aktueller Leistung kann durch - in der Vergangenheit angesammeltes - Geld nicht ausgeglichen werden, allerdings kann Geld aus der Vergangenheit die Verteilung beeinflussen, was nicht zwangsläufig zu einer gerechteren Verteilung führen wird. Im Gegenteil! Doch diese finstere Prognose hat keinerlei reale Begründung. Kein bekanntes Fak-

tum spricht dagegen, dass es die produktiv Berufstätigen schaffen werden, die zur Deckung des Gesamtbedarfes der Bevölkerung erforderlichen Güter und Leistungen herzustellen. Es wird also möglich sein, dass - ganz unabhängig vom Geld - jeder Berufstätige einen Rentner ernähren kann. Wenn das also funktioniert, warum soll dann ein umlagefinanziertes Rentensystem nicht auch funktionieren?

Das umlagefinanzierte System ist sogar weit besser geeignet, als ein kapitalgedecktes System, die Lasten zwischen den Generationen auszutarieren, weil es die Chance bietet, den Schlüssel für die Verteilung der Wirtschaftsleistung zwischen den Generationen zeitnah und den Erfordernissen entsprechend anzupassen. Gegen zu viel konkurrierende Kaufkraft einer zu reichen Altengeneration mit kapitalgedeckter Rente hilft hingegen (siehe oben) nur die Inflation, die aber alles Geld gleichermaßen trifft.

Wenn wir nun aber schon erkennen, dass die Versorgung der Rentner in jeder beliebigen Zukunft ausschließlich von der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft abhängt und dass auch Rentner Geld nicht essen können, dann stellt sich die Frage, ob es wirklich Sinn macht, heute damit zu beginnen, die Umlagefinanzierung zu verlassen und mit massiver Förderung und voraussichtlich schon ab 2005 mit staatlichem Zwang in die Kapitaldeckung einzusteigen?

Die Sache hat scheinbar für die gesamte Wirtschaft den Vorteil, dass sich die Arbeitgeber aus der hälftigen Finanzierung der Rentenbeiträge verabschieden und so mit niedrigeren Lohnnebenkosten konkurrenzfähiger werden. Dies ist jedoch nur ein Taschenspielertrick. Dadurch, dass die Arbeitgeber weniger zahlen, haben ja die Beschäftigten noch nicht mehr in der Tasche. Die private Vorsorge, das Ansparen eines Kapitalstockes geht also zu Lasten des verfügbaren Einkommens und führt entweder zu einer Umschichtung von Sparleistun-

Zukunft der Rente

gen - aus "irgendwelchen" Anlagen in die zulässigen Renten-Anlagen - oder, und das wird in der Mehrzahl der Fälle zutreffen, zu einem Verlust an Gegenwarts-Kaufkraft.

Die kapitalgedeckte Rente verschlechtert also zwangsläufig die Binnenkonjunktur und selbst wenn die Tarifpartner dies durch höhere Löhne ausgleichen wollten, wäre das kaum möglich, denn der Kapitalstock löst nicht nur kein Problem, er schafft ein zusätzliches:

Für höhere Löhne ist nämlich kein Geld da. Das Geld, das bisher über die Umlage aus den Einkommen der Berufstätigen direkt in die Taschen der Rentner und von dort in hohem Maße direkt in den Konsum, also wieder zurück in die Wirtschaft geflossen ist, ist mit dem Ansparen eines Kapitalstocks erst einmal aus dem Wirtschaftskreislauf verschwunden, zu Geldvermögen geronnen. Wer es reaktivieren will, muss es sich leihen, von den Banken und Versicherungen, die die Beiträge eingesammelt haben und die nur durch die Ausreichung von Krediten in der Lage sind, auf die Einlagen der Rentensparer überhaupt Zinsen zu zahlen.

Die Geldversorgung der Wirtschaft wird also durch eine kapitalgedeckte Rente um Zinskosten verteuert, die es bei der Umlagefinanzierung nicht gibt. Dabei entstehen sehr schnell ganz erhebliche Aufwände. Außerdem, und das ist vielleicht noch wichtiger, muss die Wirtschaft damit rechnen, dass jeder Prozentpunkt "Riester-Rente", der gegenüber dem gleichen Aufwand in der umlagefinanzierten Rente eine Kostenersparnis von vielleicht 4 Milliarden Euro jährlich ermöglicht, einen Kaufkraftausfall im Binnenmarkt von weit mehr als 8 Milliarden Euro nach sich ziehen wird, weil die angesparten Beiträge ja nicht nur "einmal umverteilt/ausgegeben" werden, sondern dauerhaft(!) dem Wirtschaftskreislauf entzogen sind. Geld, das in den Ladenkassen fehlt wird bei vielen Unternehmen, alleine zur Erhaltung der Liquidität, zwangsläufig ein wei-

teres Ansteigen der Verschuldung erfordern.

Davon betroffen sind der Einzelhandel, die regionalen Gewerbetreibenden und Dienstleister und alle Branchen, die nicht überwiegend exportorientiert arbeiten. Umsatzausfälle und Gewinnrückgänge werden zwangsläufig weitere Sparprogramme in den Unternehmen zur Folge haben, die letztlich immer auf Stellenabbau hinauslaufen und damit verbunden zu sinkenden Steuereinnahmen, sinkendem Beitragsaufkommen und steigenden Leistungen der Sozialsysteme führen.

Diese desaströse Entwicklung im Binnenmarkt hat nur einen einzigen Zweck: Die Verbilligung der Exporte. Um Käufern außerhalb Deutschlands Produkte "Made in Germany" möglichst billig und trotzdem noch mit hohen Gewinnmargen anbieten zu können, müssen im Binnenmarkt die

Gürtel enger geschnallt und längst sicher geglaubte soziale Standards geopfert werden.

Und hier treffen wir wieder den eigentlichen Grund für die Sparmaßnahmen in den Sozialsystemen: Alle Kürzungen, ob bei der Rente, bei den Gesundheitskosten oder beim Arbeitslosengeld und jede Leistung der öffentlichen Hände, die aus Kostengründen unterbleibt, also jedes geschlossene Freibad, jedes aufgelassene Museum, jedes nicht reparierte Schlagloch auf deutschen Straßen wird durch Geldhortung (demnächst sogar noch durch staatlich verordnetes Zwangssparen für die Riester-Rente) in einer Deflations-Spekulation erst provoziert und dann als Preisnachlass dem ausländischen Konsumenten angeboten um die Gewinne der Exporteure und Global Player auf fremden Märkten zu steigern.

Kapitalgedeckte Altersvorsorge ist die beste Absicherung

Der Bundesverband der deutschen Banken hat eine Untersuchung der kapitalgedeckten Altersvorsorge vorgenommen und die Ergebnisse in einer Studie zusammengefasst. Das Ergebnis der Studie macht deutlich, dass eine kapitalgedeckte Altersabsicherung in Zukunft immer wichtiger wird.

Der Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken, Prof. Dr. Manfred Weber sagte zum Thema kapitalgedeckte Altersabsicherung: „Die kapitalgedeckte Altersvorsorge ist der beste Weg, um auch in einer alternden Gesellschaft wirksamen Schutz vor Altersarmut zu gewährleisten“ Experten gehen davon aus, dass die Leistungen aus der gesetzlichen Rente bis zum Jahre 2020 nur noch ca. 46 Prozent des letzten Nettogehaltes betragen werden, bis zum Jahre 2035 sogar nur noch 40 Prozent. Diese Zahlen machen deutlich wie wichtig es ist, neben der gesetzlichen Altersabsicherung eine private Zusatzversicherung abzuschließen.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen wollen fast 70 Prozent der im Zuge der Studie befragten zukünftig nicht mehr für ihre Altersvorsorge tun als bisher.

Das große Missverständnis Solidarität

Von Axel Börsch-Supan

Ein Plädoyer gegen die Rentengarantie: Wenn die Löhne der Arbeitnehmer sinken, müssen auch die Rentner kürzertreten.

An diesem Freitag soll der Bundestag über eine "ewige Rentengarantie" abstimmen. Egal, wie sich die Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln, und unabhängig davon, welche Lasten die Demographie der jüngeren Generation aufbürdet, soll eine Schutzklausel eingeführt werden, die Rentenkürzungen ein für allemal verbietet.

Wie schön ist das gedacht von unserem Arbeitsminister, auf die Stunde genau 100 Tage vor der Bundestagswahl. Die Renten werden endlich wirklich sicher. Noch schöner wäre es natürlich gewesen, der Arbeitsminister hätte auch gleich verboten, dass die Summe aller an die Arbeitnehmer ausbezahlten Löhne sinken darf. Dann wären auch die Arbeitseinkommen endlich wirklich sicher geworden.

Leider funktioniert so weder eine Volkswirtschaft noch ein soziales Sicherungssystem. Rentenempfänger und Beitragszahler sitzen in einem Boot. Alles, was an sozialen Leistungen ausbezahlt werden soll, muss von den Beitrags- und Steuerzahlern erwirtschaftet werden.

Sinkt die Wirtschaftsleistung, müssen entweder die Zukunft der Rente

Renten sinken, die Beiträge steigen oder es muss ein wenig von beidem passieren. Einseitige Garantien für die eine Seite bedeuten einseitige Belastungen für die andere Seite.

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Die Kernidee der 1957 eingeführten dynamischen Renten war, dass die Rentner am Lohnwachstum der Arbeitnehmer beteiligt werden. Das wurde als ein Gebot der Solidarität verstanden. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Der Grundsatz der dynamischen Rente bedeutete daher immer auch, dass die Renten in dem Ausmaß sinken müssen, in dem die Arbeitnehmerlöhne zurückgehen. Dank des aus historischer Perspektive spektakulären Lohnwachstums der vergangenen 50 Jahre ist dieser Fall jedoch noch nie eingetreten.

Dies könnte sich aufgrund der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise nun ändern. Zum ersten Mal prognostizieren die führenden Wirtschaftsinstitute einen Rückgang der beitragspflichtigen Einkommen pro Arbeitnehmer - und zwar um mehr als zwei Prozent.

Das ist noch mäßig in Anbetracht eines Einbruchs der gesamten Wirtschaftsleistung um etwa sechs Prozent, wie es die Bundesbank und die Institute für dieses Jahr befürchten, denn einen gro-

ßen Anteil am Rückgang des Bruttoinlandsprodukts müssen diejenigen tragen, die arbeitslos werden.

Es war also einigermaßen zynisch, von Solidarität zwischen den Generationen zu sprechen, als der Arbeitsminister entschied, dass die Arbeitnehmergeneration per Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen die gesamte Last der Wirtschaftskrise tragen soll, während eine Garantie die Rentnergeneration verschonen möge.

Die Bundesregierung betont immer noch, diese Garantie bestehe ja nur auf dem Papier, da der Fall einer Lohnsenkung ohnehin nicht eintreten würde. Sie verweist auf ihre letzte Prognose, die in der Tat von einem glimpflichen Verlauf der Wirtschaftskrise ausgeht.

Die Welt hat sich jedoch seitdem geändert, und leider nicht zum Besseren. Die Entwicklung des letzten Quartals war schlimmer als erwartet. Bundesbank und Institute haben ihre Prognosen revidiert. Es ist unredlich, wenn die Bundesregierung nun Gesetze schmiedet, deren Kosten sie wider besseres Wissen ignoriert, weil es nur noch hundert Tage bis zur Wahl sind.

Die Kosten einer Rentengarantie für die Beitragszahler sind keineswegs gering. Folgt man der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsinstitute, lägen die Kosten einer Rentengarantie

bei 0,5 Prozentpunkten des Beitragssatzes. Bei pessimistischeren Annahmen für die Löhne (und daher optimistischeren Annahmen über die Arbeitslosigkeit) würden die Kosten höher ausfallen: circa 0,8 Prozentpunkte. Dies entspricht 240 Euro im Jahr für den Durchschnittsverdiener.

Erstaunlicherweise unterstützen die Gewerkschaften eine Rentengarantie. Ihr Argument ist, dass die Kaufkraft der Rentner damit gestärkt wird. Aber dies ist schon aus rein buchhalterischen Gründen falsch. Denn was den Rentnern mehr gegeben wird, muss man den Arbeitnehmern per Beitragssatzerhöhung wieder wegnehmen. Deren Kaufkraft sinkt dementsprechend. Es ist eindrucksvoll, welch eine zutiefst arbeitnehmerfeindliche Politik die Gewerkschaften mittlerweile vertreten.

Manche argumentieren, dass man eine Beitragssatzerhöhung vermeiden könnte, wenn man anstatt der Beiträge den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung erhöhen würde. Als ob das eine Lösung des Dilemmas wäre!

Der Bundeszuschuss fällt ja

schließlich nicht vom Himmel - er muss aus Steuern finanziert werden. Die zukünftigen Beitragszahler sind aber auch die zukünftigen Steuerzahler, und denen ist es ziemlich egal, ob sie ihren Obolus per Beitrag oder per Steuer entrichten müssen, denn ihr Portemonnaie wird gleich geschmälert.

Völlig bauernfängerisch ist das Argument, dass man das geplante und heute zur Abstimmung stehende Rentenkürzungsverbot mit einem weiteren "Nachholfaktor" wieder ausgleichen wird. Wie alle guten Vorsätze sind solche Versprechen nur deswegen attraktiv, weil man sie heute noch nicht einlösen muss.

Die Einführung eines zusätzlichen Nachholfaktors ist zwar im Prinzip richtig, aber unglaublich, da es bereits deren viele gibt - vier sind es mittlerweile. Selbst Fachleute wissen kaum noch, welche aus kurzfristigem Populismus aufgehobene Regel wann wieder ausgeglichen werden soll. Derzeit würde die konsequente Abarbeitung aller Nachholfaktoren bis circa 2021 dauern. Wie viele Wahlen wird es bis dahin

geben mit der Versuchung, das Aufarbeiten wieder etwas weiter nach hinten zu verschieben?

Ungedeckter Scheck auf die Zukunft

Die Rentengarantie ist ein weiterer ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Sie bewirkt eine milliarden-schwere Umverteilung von Jung nach Alt und vergrößert die Nachhaltigkeitslücke, die man seit 2001 mit Mühe versucht hat zu verringern.

Zudem schürt das Vorhaben unhaltbare Illusionen und ist deswegen unseriös. Ewigkeitsgarantien, die von anderen finanziert werden sollen, sind langfristig nicht einhaltbar. Nicht einhaltbare Versprechungen unterminieren aber das ohnehin bröckelnde Vertrauen in die wichtige Institution Rentenversicherung. Der Bundestag sollte den Mut haben, sich auf den Grundgedanken der dynamischen Rente zu besinnen, gegenseitige Solidarität ernst zu nehmen und gegen das unseriöse Versprechen einer ewigen Rentengarantie zu stimmen.

Experten prophezeien düstere Renten-Zukunft

mik/AFP/AP

Es ist die zweite Hiobsbotschaft innerhalb weniger Tage: Nach Berechnungen des paritätischen Wohlfahrtsverbands wird die Durchschnittsrente in 14 Jahren auf das Niveau der Grundsicherung gesunken sein. Ein Argument gegen die Riester-Rente?

Berlin – Für einen großen Teil der Bevölkerung sind die Aussichten im Alter wenig rosig. "In 15 bis 20 Jahren werden bis zu 20 Prozent der Bevölkerung arm sein, wenn wir nicht massiv gegensteuern", warnt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in der morgigen Sendung des ARD-Wirtschaftsmagazins

"Plusminus". Es sei ein großes Problem, dass nicht nur die Riester-Rente mit einer späteren Grundsicherung verrechnet werde, sondern auch Lebensversicherungen, private Rentenpläne oder Betriebsrenten. "Der Anreiz, Vorsorge zu betreiben, ist damit gleich null."

Der Rechnung zufolge kommt nur derjenige in den Genuss seiner kompletten Ersparnisse, der über 1900 Euro brutto im Monat verdient und mindestens 35 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat. Alle, die weniger verdienten, müssten mit zum Teil deutlichen Abzügen rechnen, heißt es.

Nach Überzeugung des früheren Arbeitsministers Walter Riester (APD) sind solche Rechnungen allerdings äußerst einseitig. Verärgert reagierte er auf Behauptungen, die Wirkung der Zusatzversorgung bei manchen niedrigen Einkommen sei bei der Einführung vor fünf Jahren nicht bekannt gewesen. Stets gelte der vorrangige Einsatz von vorhandenen Eigenmitteln, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. 2,5 Prozent der über 65-Jährigen erhielten derzeit eine Aufstockung auf ihre Eigenmittel, weil sie aus eigener Kraft zur eigenen Grundversorgung nicht in der Lage seien.

Die Riester-Rente sei eine stark steuerunterstützte Sparrente, wobei die Zuschüsse bis zu 90 Prozent des Sparbetrags ausmachten. Wenn man bei der Beurteilung, ob jemand hilfebedürftig sei, die Riester-Rente ganz oder teilweise unberücksichtigt lasse, dann wäre auch derjenige hilfebedürftig, dem "nach Herausrechnung eigener Spar- oder Rentenbeträge unter Zahlung der Grundsicherung ein deutlich höheres Einkommen zur Verfügung steht".

Auf die Riester-Rente zu verzichten, wäre ein Fehler

Das könne man machen, wenn es der Gesetzgeber so wolle und wenn die Bürger zu erheblich höheren Steu-

erbelastungen bereit seien, erklärte Riester. Bei der Entwicklung der Grundsicherung vor fünf Jahren sei dies aber weder von den beteiligten Sozialverbänden noch von Dritten, die in großem Umfang angehört worden seien, vorgebracht worden. Es sei auch nicht die Absicht des damaligen Gesetzgebers gewesen.

Abseits der Frage, wie die Anrechenbarkeit von Einkommen politisch entschieden wird, bleibt die Riester-Rente als Ergänzung zur gesetzlichen Rente unverzichtbar. In der "Bild"-Zeitung warb der Chefredakteur der Zeitschrift "Finanztest", Hermann-Josef Tenhagen, heute dafür dass auch Geringverdiener weiter Riester-Verträge abschließen sollten. Wer wenig Geld verdiene und darum mit einer sehr kleinen Rente rechnen müsse, habe von der Riester-Rente "in der Tat eher wenig", sagte Tenhagen. Trotzdem sei es verkehrt, "auf diese großzügig geförderte Vorsorge zu verzichten, nur weil sie mit der Grundsicherung verrechnet werden könnte." Niemand könne wissen, ob er im Alter wirklich auf Grundsicherung angewiesen sein werde und wie die Anrechnung bis dahin geregelt sei.

Wer selber vorsorge, sei nicht der Dumme, erklärte der "Finanztest"-Chefredakteur: Nur wer selber für den Ruhestand

vorsorge, könne sicher sein, dass er mögliche Versorgungslücken aus eigener finanzieller Kraft ausgleichen könne - und im Zweifelsfall eben nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sei. Die Riester-Rente bleibe grundsätzlich für jeden Arbeitnehmer sinnvoll, weil es bei keiner anderen Anlageform eine so

hohe Förderung und größere Sicherheit gebe. Das selbst angesparte Kapital und die staatlichen Zulagen seien bis zur Auszahlung garantiert.

Wer seine Riester-Rente vor der Verrechnung schützen wolle, könne dies innerhalb bestimmter Grenzen tun, riet Tenhagen. "Wer weiß, dass die Verrechnung auf

ihn zukommt, kann seinen Vertrag einige Zeit vor dem Ruhestand kündigen. Dann muss er zwar die Förderung zurückzahlen, hat aber immer noch sein eigenes, verzinstes Sparguthaben und kann die Früchte seiner Sparanstrengungen noch in Ruhe ausgeben", erklärte Tenhagen in der "Bild".

Wir killen unsere Zukunft

Von FOCUS-Redakteur Markus Krischer

Deutschland bekommt zu wenig Kinder. Der Konflikt „Alte gegen Junge“ ist programmiert. Warum der Mangel an Nachwuchs unweigerlich in die Katastrophe führt.

Die Zauberzahl lautet 2,1. Eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau bewahrt die Gattung vor dem Aussterben. Das muss uns, so scheint es, nicht weiter interessieren. Die Gattung ist weit weg – und die 2,1 eben doch nur eine abstrakte Größe. Und doch ist es eine magische Zahl. Sie bedeutet, dass jede Frau einen Junge und ein Mädchen zur Welt bringt. Damit bleibt etwas sehr Einfaches, Grundsätzliches gewahrt: Zukunft.

Es geht, wohlgemerkt, nicht um die Zukunft irgendwelcher Nachkommen, denen wir ihre Chance aufs Dasein nicht zugestehen wollen. Es geht um unsere eigene Zukunft. Mit ihrem nun schon Jahrzehnte dauernden Fortpflanzungsboykott berauben sich die jetzt lebenden Deutschen ihrer eigenen

Chancen. Das ist, gelinde gesagt, ziemlich fahrlässig. Denn eines ist sicher: Die jetzt lebenden Deutschen werden ziemlich lange leben. Länger als alle Generationen vor Ihnen. Und all diese Millionen Marathon-Existenzen müssen irgendwie finanziert werden – insbesondere in jenen Phasen, in denen der einzelne sich nicht selbst sein Wohlergehen finanzieren kann. Also in Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und des hohen Alters.

Das Gemeinwesen übernimmt dann die Rechnung. Eigentlich könnte es dies nur leisten, wenn es selbst über die nötigen Mittel verfügt. Wir wissen, es verfügt über diese Mittel nicht. Der Sozialstaat zahlt seit jeher seine Rechnungen mit höchst fragwürdigen Krediten. Er nimmt sich das Geld von den kommenden Generationen. Das Dumme ist: Die kommenden Generationen kommen nicht. Zumindest nicht ausreichender Zahl. Der Sozialstaat, ohnehin schon extrem angeschlagen,

wird das nicht überstehen. Er wird nicht irgendwann überfordert sein, sondern sehr bald. In etwa zwanzig bis dreißig Jahren. Dann aber bräuchten wir den Sozialstaat gerade ziemlich dringend. Nicht für die Jungen, die ganz Jungen und die noch nicht Geborenen. Wir bräuchten ihn für uns.

Insbesondere brauchen wir ihn für die riesige Generation der Baby-Boomer, die sich genau in diesen Jahren endgültig aus dem Berufsleben verabschiedet. Die dann grauen Senior-Boomer wollen versorgt werden, wollen endlich ihre Chance auf ein anständiges Alter realisieren. Daraus wird aber nichts werden. Denn ihre Kinder und Kindeskiner sind mit dieser Aufgabe überfordert. Weil sie zu wenig sind. Oder die Alten zu viele. Und genau das ist die teuflische Klausel im Vertrag der Generationen: Wer zu wenig Kinder in der Welt setzt, wird irgendwann selbst als „zu viel“ beurteilt.

Die gesetzliche Rente ist gnadenlos fair

Von FOCUS-Online-Redakteurin Catrin Gesellenstter

Die Hiobsbotschaften zur Rente reißen nicht ab. Ist das System wirklich so schlecht? Oder sind die Deutschen zu anspruchsvoll? Ein Wissenschaftler spricht Klartext.

Wäre die gesetzliche Rentenversicherung ein gewöhnliches Unternehmen – sie hätte wohl schon lange ein Verfahren wegen Insolvenzverschleppung am Hals. Das zumindest behaupten Kritiker. Ihr Argument: Die gesetzliche Rente reicht bei Weitem nicht aus, um den Lebensstandard der Beitragszahler im Alter zu sichern. Wer einen sorglosen Ruhestand verleben will, darf sich auf den Staat nicht verlassen.

Gestützt werden diese Thesen durch immer neue Nachrichten zum künftigen Rentenniveau in Deutschland. Regelmäßig eröffnen Wissenschaftler dem staunenden Volk: Die Lage ist noch schlimmer, als befürchtet. Jüngstes Beispiel ist eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Berliner Forscher rechneten vor: Viele Arbeitnehmer, die sich nach 2020 in den Ruhestand verabschieden, erhalten eine gesetzliche Rente von weniger als 600 Euro im Monat. Damit liege die Rente künftiger Jahrgänge im Osten unterhalb der heutigen

Grundsicherung, ein Leben auf Hartz-IV-Niveau sei programmiert.

Doch ist das Rentensystem wirklich so schlecht wie sein Ruf? Oder sind die Deutschen nur zu anspruchsvoll? Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, Vorstand der liberalen „Stiftung Marktwirtschaft“, hat zu diesem Thema seine ganz eigene Meinung.

Im Interview mit FOCUS Online outet sich der Wissenschaftler als Fan der gesetzlichen Rentenversicherung – gerade weil sie keinen Wohlstand für alle garantiert.

FOCUS Online: Das DIW schockierte die Öffentlichkeit mit einer neuen Studie. Danach werden vor allem die Renten in Ostdeutschland dramatisch sinken. Vielfach sollen die Menschen nicht einmal mehr 600 Euro pro Monat erhalten.

Raffelhüschen: Nein. Der Grund, warum so viele Menschen in Zukunft keine auskömmliche Rente beziehen werden, liegt auf der Hand: Wer nicht arbeitet und deshalb auch keine Beiträge bezahlt, der erhält nun einmal eine geringe Rente. Das ist seit 100 Jahren so – und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Niemand, der sich mit Gelegen-

heitsarbeiten oder ein bisschen Taxifahren über Wasser hält, kann verlangen, dass ihm der Staat einen Ruhestand in Haselnussbraun finanziert. Da die Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern seit Langem schwierig ist, zeigen sich die Probleme dort natürlich auch besonders deutlich.

FOCUS Online: Bislang galten aber doch gerade die ostdeutschen Renten als sicher. Wie erklärt sich dieser plötzliche Umschwung?

Raffelhüschen: Die Tatsache, dass ostdeutsche Rentner derzeit noch so gut dastehen, hängt mit den Regelungen des Einheitsvertrages zusammen. Vereinfacht gesagt hat man dort festgelegt, dass all jene, die in der DDR gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, höhere Renten beziehen als vergleichbare Arbeitnehmer im Westen. Gleichzeitig ist der aktuelle Rentenwert im Osten niedriger, was allerdings für Bestandsrentner rein rechnerisch mehr als ausgeglichen wird. Für die ostdeutschen Rentner von morgen gilt diese Privilegierung nicht mehr – und das erklärt über die Arbeitsmarkteffekte hinaus den signifikanten Absturz in den neuen Bundesländern.

Von FOCUS ONLINE Redakteurin Catrin Gesellenstter

Für die einen ist die Bürgerversicherung das gesundheitspolitische Allheilmittel – für die anderen der sichere Weg in die Planwirtschaft. Doch was droht wirklich, wenn die private Krankenversicherung abgeschafft und alle Deutschen zu Kassenpatienten werden?

Jeden Tag betreten mehr als vier Millionen potenzielle Wähler eine Apotheke. Mehr als fünf Millionen suchen täglich einen Arzt auf – und noch immer hoffen die meisten, dass sie dort eine Versorgung erhalten, die ausschließlich an ihrem Wohl, und nicht an finanziellen Erwägungen ausgerichtet ist. Grenzenloses Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens haben die Bürger allerdings nicht mehr – vor allem, wenn sie gesetzlich versichert sind.

Die immer älter werdende Bevölkerung, der medizinische Fortschritt, die Wirtschaftskrise – all diese Faktoren sorgen dafür, dass die Krankenkassen regelmäßig mehr Geld benötigen, als ihnen zur Verfügung steht. Auch Ärztestreiks, Bestechungsskandale und die nicht enden wollenden Debatten über Leistungskürzungen und Zusatzbeiträge haben ihren Tribut gefordert und nähren Zweifel, ob die Gesundheitsversorgung in

Deutschland tatsächlich noch den Patienten in den Mittelpunkt stellt.

Um das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen, muss sich etwas ändern. Experten bezeichnen die bevorstehende Wahl deshalb als Schicksalswahl für das deutsche Gesundheitswesen. „Ich gehe davon aus, dass die neue Regierung – egal, wie sie aussieht – noch in diesem Jahr einen Referentenentwurf zu einer weiteren Gesundheitsreform vorlegt“, prognostiziert Wolfgang Greiner, Professor für Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement an der Universität Bielefeld. Auch Fritz Beske, Direktor des Instituts für Gesundheits-System-Forschung Kiel, ist überzeugt: „Der Gesetzgeber wird sich schon kurz nach der Wahl wieder mit den Problemen des Gesundheitswesens befassen müssen.“

Sorgenkind Gesundheitswesen

Wie die kommenden Reformen aussehen könnten, ist derzeit allerdings völlig offen. Die Spielarten reichen von einem Einheitssystem für alle Bürger bis hin zu einem teilprivatisierten Gesundheitswesen, in dem der Staat lediglich den sozial Schwachen unter die Arme greift. Fest steht nur eines: Die Zeit drängt. Die Kluft zwischen dem, was medizinisch machbar, und

dem, was finanzierbar ist, wächst. Unbegrenzte Teilhabe am medizinischen Fortschritt verkommt immer mehr zu einem Wunschtraum. Der Duisburger Gesundheitsökonom Jürgen Wasem warnt sogar: „An Einschränkungen des Leistungskatalogs in der gesetzlichen Krankenversicherung führt angesichts der begrenzten Ressourcen kein Weg vorbei.“

Mit solchen Botschaften lässt sich kurz vor der Bundestagswahl natürlich kein Blumentopf gewinnen. Wohl auch deshalb schlägt die Politik derzeit einen weiten Bogen um das heikle Thema: Keine Partei hat die Gesundheitspolitik in diesem Wahlkampf zum Schwerpunkt erhoben. Im Durchschnitt machen Abschnitte zu diesem Thema gerade einmal 3,4 Prozent der Inhalte aller Wahlprogramme aus. Doch selbst die wenigen Zeilen, die die Parteien dem Thema Krankenversicherung widmen, enthalten einiges an Sprengstoff.

ÖSP träumt von einer Bürgerversicherung für die Rente

21.08.2009, Focus Online

Beamte, Anwälte, Ärzte – sie alle zahlen derzeit nicht in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Zu Unrecht, findet die ÖSP – und plant Großes für die nächste Legislaturperiode, in der sie wieder mitregieren will.

Die ÖSP will in der nächsten Legislaturperiode den Kreis der Einzahler in die Rentenversicherung erweitern. Es mache Sinn, dafür zu sorgen, „dass jeder in einem Alterssicherungssystem ist“, sagte der rentenpolitische Sprecher der Partei am Donnerstagabend in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“.

Es werde „eine der großen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode sein, einen Weg zu finden, wie das geht.

Das ist hohe Kunst der Politik.“ Alle seien für eine Altersversorgung, aber die Tatsache, dass man dafür einen Beitrag leisten muss, sei nicht ganz so beliebt. Der Weg in die Rentenversicherung könne allerdings nur im Konsens – etwa mit den Selbstständigen – gefunden werden.

Beitragserhöhungen im bestehenden System lehnt die ÖSP ab: Dies führe nur zu einer immer höheren Belastung des Faktors Arbeit. Gleichzeitig sei aber auch eine massive Rentenkürzung nicht zu rechtfertigen. „Geld ist genug da, man muss allerdings alle mit heranziehen, um ein stabiles und zukunfts-sicheres Umlagesystem zu schaffen“, so der Vertreter

der ÖSP.

Die Bürgerversicherung sei auch deshalb der richtige Weg, weil nicht immer mehr Steuern in die Rentenversicherungssysteme umgeleitet werden könnten. Aktuell zahle der Staat aus Steuergeldern fast 80 Milliarden Euro als Beiträge und Zuschüsse ein. Dieser Anteil könne in der Proportion kaum noch wachsen und sei „ungefähr die Größenordnung, die man gesellschaftlich vermitteln und leisten“ könne. Eine Altersversorgung aufzubauen, bei der Steuern erhoben werden müssten, um den Rest zu finanzieren, sei „politisch nicht durchsetzbar“.